

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Bern, 15. September 2021  
VL ArGV2 / CW

Per Mail an: [abas@seco.admin.ch](mailto:abas@seco.admin.ch)

**Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2): Jahresarbeitszeitmodell für Dienstleistungsbetriebe in den Bereichen Beratung, Wirtschaftsprüfung und Treuhand (Art. 34a) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen tritt mit Nachdruck für eine moderne Arbeitswelt ein. Das Arbeitsrecht muss sich an die heutige Zeit anpassen und auf aktuelle Bedürfnisse eingehen. Die Coronakrise hat als Katalysator für das digitale Zeitalter gewirkt, so dass beispielsweise Arbeitnehmende heute oftmals nicht mehr an fixe Arbeitsorte oder Arbeitszeiten gebunden sind. Diese Flexibilisierung kommt Arbeitnehmenden und auch Arbeitgebenden zugute: zum einen profitieren Arbeitnehmende von einer flexibleren Gestaltung ihres Berufs- und Familienlebens, zum anderen können Arbeitgeber ihre branchenspezifischen Bedürfnisse besser abdecken und administrativen Aufwand reduzieren. Dementsprechend unterstützte die FDP auch von Beginn hinweg die parlamentarische Initiative Graber [16.414](#), auf welche diese Vernehmlassung basiert, welche eine Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes fordert, insbesondere für Branchen mit saisonalen Spitzenbelastungen. So sollen zur Bewältigung von zusätzlichen Belastungen Ausnahmen von der wöchentlichen Höchstarbeitszeit erlaubt sein, ohne dass dabei die jährliche, maximale Anzahl an Jahresarbeitsstunden erhöht wird.

Nachdem die FDP 2018 die vorgeschlagene Umsetzung der parlamentarischen Initiative begrüsste, diese im Vernehmlassungsverfahren jedoch keinen grossen Rückhalt genoss, muss die FDP feststellen, dass der vorliegende Revisionsvorschlag den Forderungen der parlamentarischen Initiative nicht gerecht wird. Bewährte Lebens- und Arbeitsformen bleiben weiterhin verboten. Das strikte Einhalten von bestimmten Regelungen wie der Ruhezeit und Sonntagsarbeit ermöglicht kein selbstbestimmtes Arbeiten und hindert die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit. Diese Regelungen müssen liberalisiert werden. Arbeitnehmende müssen eigenverantwortlich lernen mit der Flexibilität umzugehen und sich nötigenfalls abzugrenzen. Seit dem 1. Juli 2021 gewährt der Bundesrat dem Bundespersonal eine maximale Flexibilität was Arbeitsort und -zeit betrifft, sowie Vertrauensarbeitszeit für Mitarbeitende ab einem Jahreslohn von 110 000 Franken. Es ist unverständlich, weshalb das Arbeitsrecht flexibler gehandhabt wird in der Bundesverwaltung als in der Privatwirtschaft. Im Sinne von gleich langen Spießen für alle soll überlegt werden, wie die Flexibilisierung des Arbeitsrechts auch auf weitere Branchen ausgeweitet werden kann.

Die FDP kritisiert zudem die festgelegten Voraussetzungen, um vom vorgeschlagenen Jahresarbeitszeitmodell Gebrauch machen zu können. Der Besitz eines höheren Bildungsabschlusses wird stärker gewichtet als Erfahrung und Kompetenz. Mit der Wiederaufnahme einer scheinbar willkürlichen und für viele Branchen zu hoch angesetzte Lohnuntergrenze von 120 000 Franken als weitere Voraussetzung scheint zudem ein Schritt zurück gemacht worden zu sein. Die hohe Limite des Bruttojahreseinkommens hatte die FDP bereits 2015 in der Vernehmlassung zur Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz kritisiert, wo es um den Verzicht der Arbeitszeiterfassung ging. Im ersten

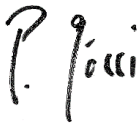
Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative Graber wurde das Lohnkriterium gestrichen, dessen Wiederaufnahme in der Vorlage ist folglich nicht nachvollziehbar.

Aus diesen Gründen lehnt die FDP den vorliegenden Revisionsvorschlag klar ab und fordert den Bundesrat auf, die Vorlage in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Branchen zu überarbeiten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi  
Nationalrätin

Die Generalsekretärin

Handwritten signature of Fanny Noghero in black ink.

Fanny Noghero